

«Zuwarten war keine Option»

VADUZ. Paukenschlag in Liechtenstein: Das Fürstentum setzt neu auf den automatischen Informationsaustausch. Man wolle bei dessen Ausarbeitung aktiv mitarbeiten, sagt Regierungschef Hasler. Er bietet Deutschland und anderen Ländern entsprechende Abkommen an.

INTERVIEW: STEFFEN KLATT

Liechtenstein schwenkt auf den automatischen Informationsaustausch ein. Warum und warum jetzt?

Adrian Hasler: Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv gemeinsam mit den Finanzplatzteilnehmern über die Strategie für unseren Finanzplatz diskutiert. Dabei haben wir uns für eine aktive Positionierung Liechtensteins entschieden.

Handelt Liechtenstein auf äusseren Druck?

Nein. Wir sind ganz klar zum Schluss gekommen, dass eine aktive Rolle Liechtensteins für die Zukunft eine grössere Handlungsfreiheit bietet. Sie schafft auch für die Kunden und die Akteure des Finanzplatzes wie auch für andere Staaten eine grössere Planungs- und Rechtssicherheit.



«Wir schaffen für Kunden und Staaten eine grössere Rechtssicherheit»

Adrian Hasler

matischen Informationsaustausch abzuschliessen. Wir streben dabei umfassende Abkommen an, die unter anderem eine Regularisierung der Vergangenheit beinhalten sollen. Wir nehmen auch die Verantwortung wahr, den Kunden einen Weg in die Steuerkonformität aufzuzeigen.

Nicht alle Finanzplätze machen mit. Wird Liechtenstein dadurch benachteiligt?

Der automatische Informationsaustausch kommt. Liechtenstein ist nicht daran interessiert, weiter auf einem veralteten Geschäftsmodell aufzubauen. Wir sind überzeugt, dass wir damit die Grundlagen für einen prosperierenden Finanzplatz der Zukunft schaffen.

Wie können Sie gleich lange Spiesse gegenüber Ländern wie den USA und Grossbritannien sicherstellen, die über wesentlich mehr Einfluss in der OECD verfügen und lange selbst Steuerparadiese pflegten?

Das ist ein schwieriges Thema insbesondere für einen Kleinstaat. Wir versuchen jetzt aktiv bei der Entwicklung des automatischen Informationsaustauschs mitzuwirken. Die gleichen Massstäbe sollten weltweit gelten. Aber mit gewissen Staaten, die die Voraussetzungen erfüllen, haben wir ein Interesse, schon vorzeitig zum automatischen Informationsaustausch zu wechseln.

Wie kann Liechtenstein an der Entwicklung des neuen Standards aktiv mitwirken?

Wir haben bereits mit der OECD und der G-5 Gespräche geführt. Uns wurde dabei signalisiert, dass eine Mitwirkung Liechtensteins wünschenswert wäre.

Die Schweiz diskutiert noch über ihre Haltung zum automatischen Informa-



Rasante Entwicklung: Der Finanzplatz Liechtenstein eilt andern Ländern davon. Bild: key

tionsaustausch. Sind Sie dem Nachbarn nun bewusst einen Schritt vorausgeeilt?

Für uns war wichtig, wie sich Liechtenstein positionieren soll. Zentral war für uns, wie man eine aktive Rolle spielen kann. Es war für uns keine Option, zuzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Jedes Land muss diejenigen Antworten auf die internationalen Herausforderungen finden, die seinen spezifischen Interessen am besten entsprechen.

Welche Zukunft hat der Finanzplatz Liechtenstein ohne das Bankgeheimnis gegenüber Steuerbehörden?

Der Finanzplatz hat eine gute Zukunft, davon bin ich überzeugt. Die umfassende, professionelle Betreuung von vermögenden Kunden ist und bleibt die Kernkompetenz der heimischen Finanzdienstleister. Wir haben eine lange Erfahrung und eine hohe Kompetenz in der Vermögensverwaltung und der Vermögensstrukturierung. Wir bieten eine hohe Stabilität.

Vaduz handelt, Bern distanziert sich und wartet

VADUZ. In den letzten Jahren war Liechtenstein in der Finanzmarktpolitik der Schweiz meist einen Schritt voraus. Auch diesmal könnte sie unter Zugzwang geraten.

Das Lob kam gestern von ganz oben: Die OECD wertete Liechtensteins Bekenntnis zum automatischen Informationsaustausch (AIA) als «sehr bedeutenden Schritt». Die Reaktion aus Bern dagegen war deutlich kühler. Die Schweiz orientiere sich in dieser Frage nicht an Liechtenstein, liess sich das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) verhalten. Der gereizte Tonfall lässt grosse Differenzen erwarten. Das Gegenteil ist der Fall. Beide Länder wollen den AIA einführen, wenn er internationaler Standard wird. Die Differenz zwischen Vaduz und Bern ist lediglich, dass der eine die Frage proaktiv angeht, während der andere zuwartet. Welche Strategie erfolgreicher ist, wird sich weisen.

In der Vergangenheit hatte Liechtenstein jedenfalls die Nase vorn. Es erwies sich sogar als eigentlicher Vorlaufindikator für die Schweizer Finanzmarktpolitik: So erkannte das Ländle bereits Anfang 2008, dass das Bankgeheimnis in der bisherigen Form nicht mehr zu halten war. Bundesrat Hans Rudolf Merz erklärte damals noch, dass sich das Ausland am Schweizer Bankgeheimnis die Zähne ausbeissen werde. 2009 präsentierte Vaduz eine Weissgeldstrategie. Bern folgte drei Jahre später. Wie erklärt man sich in Vaduz dieses Nachhinken der Schweiz? Wilfried Marxer vom Liechtensteininstitut nennt zwei Gründe. «Im Gegensatz zur Schweiz kennt Liechtenstein keine nationalen Mythen, die einem pragmatischen Vorgehen im Weg stehen», sagt der Politologe. Der zweite Grund sei die Grösse des Finanzplatzes. «Je kleiner, je stärker ist einer dem Druck von aussen ausgesetzt.» (j)

ANZEIGE

NEIN zum Lohndiktat vom Staat.

NEIN zur schädlichen Juso-Initiative

Die Festsetzung der Löhne ist Sache der Unternehmer und ihrer Angestellten und nicht Aufgabe des Staates. Doch mit der 1:12-Initiative soll der Staat die Löhne diktieren.

NEIN zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen

1:12 führt zu Ausfällen bei Steuern und AHV von bis zu 4 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge: Wir alle müssten mehr bezahlen!

Damit nicht genug. 1:12 heisst mehr **Bürokratie, Auslagerung von Arbeitsplätzen** und mehr **Arbeitslosigkeit**.

Verhindern Sie ein Eigengoal!

Mit Ihrem NEIN zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten.

**NEIN
ZU 1:12**

www.1-12-nein.ch

+ FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT.